

GÖTTINGER BLÄTTER

April
2022

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Göttinger Friedensforum:

Die Waffen nieder! – abrüsten statt aufrüsten



Nach der Invasion Russlands in der Ukraine hat das Friedensforum – bei Redaktionsschluss – an drei Samstagen eine Mahnwache in der Innenstadt veranstaltet, an denen zwischen 60 und 150 Menschen teilnahmen.

Hier dokumentieren wir eine Stellungnahme von Sabine Lösung (Göttinger Friedensforum).

„Wie so viele andere auch bin ich tief bewegt durch das Leid der Menschen in der Ukraine und derjenigen, die sich auf der Flucht vor dem Grauen des Krieges befinden. Dazu kommt die große Sorge wie es weitergehen wird. Die atomare Vernichtung schient wieder in den Bereich der Realität geschoben zu werden.

All diese Sorgen werden durch die Pläne der deutschen Bundesregierung nicht geschmälert.

Es wurde ein Haushalt verkündet, der nichts anderes bedeutet als eine Militarisierung der Gesellschaft. Dieses Projekt wird vor alle Anstrengungen geschoben, das Leben der Menschen zu verbessern.

Geplant ist ein Sondervermögen des Bundeshaushaltes für Militärisches über Kreditaufnahme von 100 Milliarden Euro und die Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO.

Das Sondervermögen soll zudem ins Grundgesetz übernommen werden, was heißt, dass dieses Geld für nichts anderes verwendet werden darf. Eine Rückholung dieses Abschnittes ist dann nur noch mit großen Schwierigkeiten möglich, und eine mangelnde Umsetzung der Verwendung des Geldes für Militärisches kann

vor dem Verfassungsgericht eingeklagt werde.

Neben der Tatsache, dass dieses Geld dringend für anderes gebraucht wird, bedeutet dieses Vorgehen auch eine nachhaltige Schwächung des parlamentarischen Haushaltsrechtes, welches eines der wichtigsten Rechte des Parlamentes ist.

Nicht erst seit der aktuellen Krise wird beklagt, dass die Bundeswehr in den letzten Jahren systematisch kappungsgespart worden sei. Das Gegenteil ist richtig: Von 2014 bis 2021 stieg das Budget der Bundeswehr von 32,5 Mrd. auf 46,9 Milliarden, zu denen man noch etliche Milliarden versteckter Militärausgaben zählen muss. Wenn nun tatsächlich die Bundeswehr so schlecht dasteht wie beklagt, dann liegt es nicht an Geldmangel, sondern an eklatanter Misswirtschaft, und es gibt keine überzeugenden Begründungen, dass sich dies bald ändern werde.

In Deutschland gibt es im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern einen Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze des Militärs. Dieses Recht steht schon seit längerem auf der Abschlus-

liste. Sogar eine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eine atomare Bewaffnung stehen im Fokus des Begehrens so mancher Politiker*innen.

Als hätte selbst eine perfekt ausgerüstete Bundeswehr der Ukraine heute geholfen. Als hätte Wettrüsten je Kriege verhindert.

Einen weiteren Tabubruch bedeuten die Waffenlieferungen in Krisengebiete, die ei-

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2022.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Die Waffen nieder!	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Holtenser Berg	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2022
ist der 21. April.
Auslieferung am 29. April.

gentlich verboten sind. Es ist kein Geheimnis, dass dieses Verbot in der Vergangenheit schon mehrfach umgangen wurde. Doch so offen und deutlich wie dies jetzt geschieht, droht es für die Zukunft ein Beispiel zu werden. So nachvollziehbar der Wunsch auch ist, den Menschen in der Ukraine mit allen Mitteln helfen zu wollen, so treiben diese Waffenlieferungen einzig den Blutzoll in die Höhe, welchen die Menschen in dem Land dann zahlen müssen.“

Das Göttinger Friedensforum tagt an jedem zweiten Mittwoch und ist erreichbar unter:

Goettinger-Friedensforum@lists.posteo.de



Osteraktion 2022:
Samstag, 16. April 2022, 12,00 Uhr
Wilhelmsplatz, Göttingen



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Die Waffen nieder!

Erklärung der VVN-BdA zum Überfall auf die Ukraine

Auszüge aus der Erklärung der beiden Bundesvorsitzenden der VVN-BdA, Cornelia Kerth und Florian Gutsche, vom 24. Februar 2022. Die gesamte Erklärung der VVN-BdA kann unter <https://vvn-bda.de/die-waffen-nieder-erklaerung-der-vvn-bda-zum-ueberfall-auf-die-ukraine/> nachgelesen werden

„Am heutigen Tag haben russische Truppen den offenen Krieg gegen die Ukraine begonnen.

In den letzten Wochen schon hatte die Russische Föderation, unter Ausnutzung einer großen militärischen Übermacht und unter dem Deckmantel falscher historischer Herleitungen nach der Annexion der Krim im Jahr 2014, die Souveränität der Ukraine infrage gestellt und nun, mit der völkerrechtswidrigen Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken“ im Donbass und der Übernahme von deren weitergehenden territorialen Ansprüchen, verbunden mit dem Einmarsch russischer regulärer Truppen, die Souveränität der Ukraine schwerwiegend gebrochen. Dies bedeutete den Abbruch langjähriger diplomatischer Bemühungen zur Lö-

sung von Bürgerkrieg und Grenzkonflikt. Nun ist die Russische Föderation vollständig zur nackten Gewaltpolitik übergegangen.

Die VVN-BdA verurteilt diese Entscheidungen der Duma und des russischen Präsidenten, die weiteres großes Leid über das ukrainische und das russische Volk bringen werden, auf das Schärfste.

[...]

Anfang der 2010er-Jahre kam es zu einer folgenreichen Kehrtwende der russischen Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch der Innenpolitik. Seitdem werden die demokratischen Strukturen immer weiter ausgehöhlt, während gleichzeitig ein umfangreiches Rüstungs- und Militärprogramm Russland zur militärischen Großmacht hat werden

lassen, die aber auf demografisch und wirtschaftlich schwachen Füßen steht.

Diese Politik führt zum Gegenteil dessen was sie erreichen soll. Russland ist heute wirtschaftlich, kulturell und politisch stärker isoliert denn je. Antirussische Ressentiments und Ideologien im Baltikum, in Polen und der Ukraine haben stark zugenommen. Auch nach einem vordergründig erfolgreichen Krieg würde Russland ärmer und schwächer dastehen denn je.

Die lautstärksten Freunde findet die Politik Russlands in Deutschland gerade in diesen Tagen bei der AfD, Reichsbürgern und anderen extrem rechten Gruppierungen, die im Putin-Regime ein Modell für Deutschland sehen.

Einen langfristigen Frieden in Europa wird es nur geben, wenn Großmachtstreben, Nationalismus, Chauvinismus und Autoritarismus in allen Ländern überwunden werden. Wirtschaftliche Kooperation und kultureller Austausch auf Augenhöhe zwischen großen und kleinen Staaten können die Wunden der Geschichte heilen. Deutschland als Nachfolgestaat des NS-Regimes trägt dafür eine besonders große Verantwortung.“

Gräber von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen auf dem Göttinger Stadtfriedhof

Es ist ein Skandal: Auf dem Göttinger Stadtfriedhof sind in den vergangenen Jahrzehnten Gräber von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen beseitigt worden. In den Göttinger Blättern, Ausgabe Januar 2022, hatten wir hierüber berichtet. Wir hatten dazu die Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen angeschrieben und auf den Sachverhalt hingewiesen.

Die Fraktion „Göttinger Linke“ hat das Thema aufgegriffen und das Thema am 22.02.2022 in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft eingebracht. Es wurde beantragt, dass hierfür 5.000 Euro eingeplant werden sollen. Das Geld soll für die Nachforschung und für eine Informationstafel auf dem Friedhof ausgegeben werden. Und jetzt kommt das wirklich Erfreuliche: Der Ausschuss

hat das so beschlossen. Herzlichen Dank an dieser Stelle an Edgar Schu und Jost Lessmann, die sich um unser Anliegen gekümmert haben.

Wir trauern um Peter Dürrbeck

Unser langjähriger VVN-Kamerad Peter Dürrbeck ist unerwartet am 15. März 2022 im Krankenhaus verstorben. Peters plötzlicher Tod ist ein großer Verlust für uns alle. Wir sind in Trauer bei Inge und seiner Familie. Wir werden in der kommenden Ausgabe der Göttinger Blätter einen gemeinsamen Nachruf auf Peter Dürrbeck herausgeben.

Vorankündigung für den Mai:

08. Mai 1945: Befreiung vom Faschismus –

Gedenkveranstaltung der VVN-BdA
am 08. Mai 2022 in Göttingen,

am Thomas Buergenthal Haus (Stadtbibliothek). Da der 8. Mai auf einen Sonntag fällt, soll die Veranstaltung von 15:00 bis 16:00 Uhr stattfinden – bitte schon einmal vormerken. Mehr Infos folgen in der kommenden Ausgabe der Göttinger Blätter.



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

Dienstag, 12. April, 20.00 Uhr Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Spendenkampagne für Kuba wird fortgesetzt!

Gemeinsam, solidarisch und erfolgreich: Mehr als 250.000 Euro sind für die Spendenkampagne „Unterstützen wir Kuba im Kampf gegen die Corona-Pandemie“ eingegangen. Uns liegen Dankschreiben für die bislang geleistete Unterstützung vom Ministerium für Außenhandel, von Unternehmen (Biofarma) und Instituten sowie Krankenhäusern vor. Aber: Spenden sind weiterhin notwendig

Kuba kämpft weiterhin unter schwierigen Bedingungen:

➔ Anzeichen für eine Abschaffung oder auch nur Abschwächung der über 60jährigen US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sind nicht in Sicht.

➔ Es gibt erfolglose Versuche, einen Aufstand gegen die demokratisch gewählte kubanische Regierung zu initiieren.

➔ Die pandemiebedingt fehlenden Einnahmen aus dem Tourismus, unterbrochene Lieferketten und erhöhte Weltmarktpreise u.a. für Medikamente sowie die hohen Kosten zur Bekämpfung von Corona führen zu einer ernsthaften Versorgungskrise.

➔ Trotz sinkendem Sozialprodukt und gestiegenem Defizit im Staatshaushalt, erhöhte Kuba seine Ausgaben zum Schutz der Bevölkerung gegen das Coronavirus.

Für das Jahr 2022 wird mit einer gewissen Erholung gerechnet, wegen der Öffnung für den Tourismus und dem erwünschten Export von Impfstoffen bzw. dieser Technologie. Außerdem hofft man auch auf verstärkte Investitionen aus dem Ausland. Aber die Regierung ist sich bewusst, dass die Erhöhung der Produktivität und der Produktion im Wesentlichen aus eigener Kraft erfolgen muss. All dies macht deutlich: Kuba braucht weiterhin unsere politische und finanzielle Unterstützung und Solidarität.

Wir rufen daher auf unter dem Stichwort: „Corona und medizinische Projekte“ zu spenden, um Kuba auf seinem Weg einer sozialistischen Entwicklung weiter zu unterstützen.

**Kuba ist für uns ein Beispiel:
Eine andere Welt ist möglich!**

Spendenkonto:

Stichwort

„Corona und medizinische Projekte“
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Bank für Sozialwirtschaft, Köln,
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00
BIC: BFSWDE33XXX

oder unter: <https://www.fgbrdkuba.de/>

Abzugsfähige Spendenquittungen sind über unsere Geschäftsstelle erhältlich.



Cuba si

NETZWERK CUBA
-informationsbüro - e.V.

▶ Italien testet kubanische Impfstoffe

Eine bilaterale Vereinbarung zwischen dem Krankenhaus Amedeo di Savoia in Turin und dem Finlay Impfstoffinstitut ermöglicht die Bewertung der Wirksamkeit des kubanischen Impfstoffs Soberana Plus als universelle Auffrischungsdosis bei Personen, die mit anderen Immunogenen geschützt sind

Autor: Redaktion Internationales | informacion@granma.cu

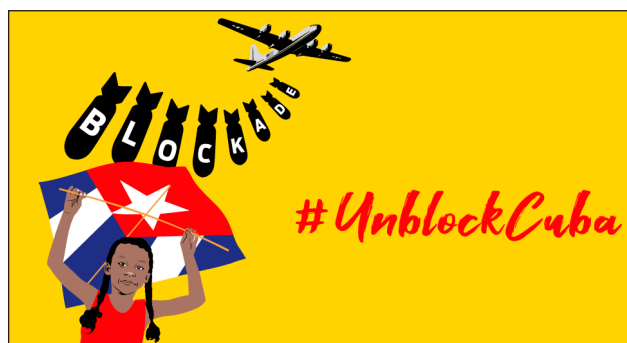
Ein bilaterales Abkommen zwischen dem Krankenhaus Amedeo di Savoia in Turin und dem Finlay Impfstoffinstitut hat es ermöglicht, die Wirksamkeit des kubanischen Impfstoffs Soberana Plus als universelle Auffrischungsdosis bei Personen zu bewerten, die mit anderen Immunogenen geschützt sind.

In der Studie wurden die von der Insel erzielten Ergebnisse bei der Impfung von Kindern vorgestellt, die eine besse-

re Immunantwort bei Kindern im Vergleich zu Erwachsenen zeigten, im Gegensatz zu anderen Impfstoffen, bei denen das Gegenteil der Fall ist.

In Rom erklärte Dr. Vicente Vérez gegenüber Prensa Latina, dass die Omicron-Welle in Italien genauso groß war wie die

der Delta-Variante, während sie in Kuba nur ein Zehntel davon betrug, und das bei einer sehr ähnlichen Durchimpfungsrate bei Erwachsenen, was auf die mit Soberana 02 erreichte Durchimpfungsrate bei Kindern zurückzuführen ist. Daher sei es wichtig, die Öffentlichkeit in Italien für die Verwendung von kubanischen Immunogenen bei Kindern zu sensibilisieren.





Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
Goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de



Ukraine:

🔴 „Die Waffen nieder! statt „Waffen rein!“

Wir wissen nicht, was sich zwischen Redaktionsschluss und Versand dieser „Göttinger Blätter“ noch entwickelt in dem seit über acht Jahren schwelenden und nun lichterloh brennenden Krieg in der Ukraine. Wir hoffen weiterhin, dass die Vernunft siegt und sich die immer noch aktuelle Losung durchsetzt, die in der März-Ausgabe auf unserer Titelseite zu lesen war: Verhandeln statt eskalieren.

Aber die Zeichen gingen den März über in die entgegengesetzte Richtung. Auf großen Kundgebungen, die sich selbst als Friedenskundgebungen bezeichneten, wurden Rednerinnen und Redner ausgepiffen, die sich gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen wandten, die nicht nur das Ergebnis, sondern sogar das Ziel haben, Millionen Menschen in Armut zu stürzen, sie hungern und frieren zu lassen.

Im Ergebnis dieser gelb-blauen Welle der Eskalationsbereitschaft scheinen im Moment alle Dämme zu brechen. Scheinbar über Nacht zauberte der Bundeskanzler 100 Milliarden aus dem Hut, die nun in einem Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts bereit gestellt werden sollen, um die Bundeswehr massiv aufzurüsten und schon im laufenden Jahr die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu schrauben – verbunden mit dem Versprechen, diese Grenze in den kommenden Jahren weiter zu überschreiten.

Übersehen wird dabei von vielen, dass das nicht zufällig zustande kam: Bereits viele Monate vor der aktuellen Zuspitzung der Ukraine-Krise waren im

deutschen Kriegsministerium zusammen mit den wichtigsten Rüstungskonzernen entsprechende Pläne entwickelt worden, die sich auf 104 Milliarden summierten. Diese Pläne lagen abrufbereit da und wurden nun verkündet.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gab zur Absicherung der Sanktionen, die nach Aussage der Außenministerin Annalena Baerbock (auch „Grüne“) Rußlands Wirtschaft in den „Ruin“ treiben sollen, eine 20-Milliarden-Zusage für Unternehmen, die ihre Geschäftsverbindungen mit dem größten Land der Erde kappen. Das alles sind Gelder, die in den kommenden Jahren woanders fehlen werden.

Wo sie zu holen sind, hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 16. März in denkbar klarer Offenheit verkündet: Es müsse Schluss sein mit den „Wohltaten, die im Zeichen der ‚Friedensdividende‘ seit dreißig Jahren verteilt wurden“, daher führe kein Weg an Kürzungen im Sozialetat, beim Familienministerium und dem Kulturbereich vorbei.

Die Kappung der Energiezufuhr aus dem Osten wird – entweder gleich oder nächstes Jahr – ausgeglichen werden

Mitgliederversammlungen im April

05. April

Ukraine, Krieg und Frieden

Per Video haben wir im Roten Zentrum einen kompetenten Gast zugeschaltet.

19. April

**Am Vorabend des 1. Mai:
Droht und eine Rezension?**

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

nicht nur durch Verlängerung von Laufzeiten von Kohle- oder sogar Atomkraftwerken, sondern auch durch die Auswechslung des vergleichsweise ökologisch vertretbaren Erdgases, das per Rohr aus Sibirien zu uns kommt, durch US-Fracking-Gas. Das aber ist nicht nur teuer, sondern sowohl bei der Förderung als auch beim Transport unvergleichlich naturzerstörender. Jeder, der jetzt in den Chor der Sanktionsverschärfer einstimmt, muss wissen, was er damit den sozial schlechter gestellten Menschen dieses Landes aufbürden will.

Jeder, der angesichts der begrüßenswerten Bereitschaft, Flüchtlinge aus dem Osten ins Land zu lassen, schweigt zu dem nassen Tod der Flüchtlinge aus dem Süden, macht sich zum kalten Anwalt der Teilbarkeit von Menschenrechten.

Jeder, der jetzt nach Waffenlieferungen in die Ukraine, nach Stärkung statt Abschaffung der NATO schreit, muss wissen, auf welcher Seite der Straße er marschiert: Ebenfalls am 16. März war den Medien die Aufforderung von EU- und NATO-Regierungsmitgliedern nach einem bewaffneten „humanitären“ Einsatz von NATO-Truppen in der Ukraine zu entnehmen. Geschähe das, dann wird es im kommenden Winter nicht nur kalte Sozialwohnungen und (wie jetzt schon in diesem März) leergekaufte Mehl- und Nudelregale bei „Aldi“ geben. Dann rückt der Krieg ein in Deutschland.

Deshalb bleiben wir dabei: „Die Waffen nieder“ ist die Losung, die in eine friedliche Zukunft weist – nicht die Losung „Waffen rein!“.

(ms)

Wenn ein Großer von uns geht, blicken wir unwillkürlich zurück – auf das, was wir Geschichte nennen, und auf unser kleines Leben.

Ilja Ehrenburg

Wir trauern – mit seiner Frau Inge und seinem Sohn Mariam sowie deren Familien – um unseren Genossen

Peter Dürrbeck

der mit 82 Jahren am 15. März 2022 im Weender Krankenhaus in Göttingen verstorben ist.

Eine Würdigung unseres Genossen erscheint in der Mai-Ausgabe der Göttinger Blätter.

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone.web.de
- Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ KITAs in Grone

Grobian hat mal eine Fahrradtour durch den Stadtteil gemacht und kam an den Baustellen für die dringend benötigten KITAs vorbei. Fotoapparat raus und mit dem KITA-Bedarfsplänen der letzten Jahre verglichen. Fazit: Wer sich auf private Investoren verlässt – wie die Stadt Göttingen – muss vor allem deren Renditeplanungen einberechnet werden, nicht die schönen Worte! (cs/gS)



Links: Baustelle Bezirkssportanlage:

ursprüngliche Eröffnung gepl.: 2021
Heutige Planung: Sommer 2022
Kommentar: Nur ein Jahr Verspätung, öffentlicher Bau, sieht so aus, als wenn's klappt.



Oben: Baustelle Martin Luther Str.

ursprüngliche Eröffnung gepl.: 2021
Heutige Planung: Sommer 2022
Kommentar: privater Investor; das sieht knapp aus: Die Bodenplatte ist zwar gegossen, aber in diesem Jahr wird das wohl nix mehr. Also eher zwei Jahre Verspätung.



Oben: Baustelle EAM-Gebäude:

ursprüngliche Eröffnung gepl.: 2019
Heutige Planung: Sommer 2022
Kommentar: privater Investor, drei Jahre Verspätung, könnte (knapp) klappen.

Links: Baustelle Harzstr.:

ursprüngliche Eröffnung gepl.: 2021
Heutige Planung: Sommer 2022
Kommentar: Privater Investor; nie im Leben wird dieser Neubau in diesem Jahr fertig. Aber immerhin wurden schon Bäume dort gefällt. Hier kann man nur hoffen, dass es 2024 konkret wird! Also drei Jahre Verspätung.

Am 22. April: Als der Führer das rote Kaninchen klaute

Anna Kemper ist erst neun Jahre alt, als sich ihr Leben von Grund auf ändert: Um den Nazis zu entkommen, muss ihr Vater Arthur nach Zürich fliehen; seine Familie folgt ihm kurze Zeit später. Anna lässt alles zurück, auch ihr geliebtes rosa Stoffkaninchen und muss sich in der Fremde einem neuen Leben voller Herausforderungen und Entbehrungen stellen.

Am 20. Mai: Auf der Seite der Hoffnungslosen

Khaled will dem Krieg in seiner syrischen Heimat entfliehen und strandet nach einer Odyssee durch Europa in Helsinki. Die Behörden lehnen seinen Asylantrag ab, aber Khaled denkt nicht an Heimkehr und taucht unter. Swikström findet Khaled in einem „Loch“. Der Beginn einer schrulligen Gemeinschaft, die inmitten der politischen Wirren auf Solidarität setzt.

Die wg. Corona ausgefallenen Termine werden nachgeholt!

Winterkino in Grone:





Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 20. April 2022, 19:00 Uhr, der Ort wird über den Newsletter bekanntgegeben.

Aufstellungsversammlung für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für die Landesvertreter/innen/versammlung zur Wahl der Landesliste für die Landtagswahl am 9. Oktober 2022

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
5. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
6. Vorstellung der Kandidat/inn/en, Fragen an die Kandidat/inn/en
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
9. Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Wahlberechtigt sind alle Parteimitglieder, die am Tag der Aufstellungsversammlung Deutsche i.S.des Grundgesetzes sind, seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind sowie ihren Erstwohnsitz innerhalb des Landkreises Göttingen haben.

anschließend Kreismitgliederversammlung:

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Feststellung der Tagesordnung
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Kreisschatzmeisters
4. Landtagswahlkampf
5. Berichte
 1. KSR
 2. Kommunalpolitischer Arbeitskreis
6. Sonstiges

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, den 27. April 2022, 19.00 Uhr

Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstraße 3. 37073 Göttingen

Themen: Wahl des Sprecher*innenrates, 1. Mai

Das KZ Buchenwald – KZ, Lagerwiderstand und Selbstbefreiung!

Mit Dr. Ulrich Schneider (VVN-BdA + FIR)

am 1. April um 19:00 Uhr im Rote-Hilfe-Saal, Lange Geismarstr. 3

Eine Veranstaltung über das KZ, den Lagerwiderstand und die Selbstbefreiung am 11. April 1945 vom Ortsverband der Partei DIE LINKE und der LeserInneninitiative der Tageszeitung „junge Welt“; unterstützt wird sie durch die VVN-BdA Göttingen.

AG Treffen

am 06.04.22, online. Die Links folgen über den Newsletter

Aktiventreffen

Am 13.04.22 im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstraße 3. 37073 Göttingen

Haustürwahlkampfschulung mit Robert

27. April 2022, 19:00 Uhr, der Ort wird über den Newsletter bekanntgegeben.

OV Dransfeld

OV Treffen an jedem 2. Freitag im Monat, bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld. Das Treffen findet unter der 2G Regel statt.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 4. Mai, 18.30 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118 und online
Thema: Einrichtung einer Kommunalen Antidiskriminierungsstelle in Göttingen
Weitere Einzelheiten auf Seite 10

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de

und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

▶ Gegen selbsternannte Querdenker und die Profitmaximierung im Gesundheitswesen –

Rede des Marxistischen Lesekreis Göttingen

Wie an sehr vielen Orten an den letzten Montagen, fand am 24.01.2022 auch in Göttingen eine Versammlung der selbsternannten rechten Querdenker und eine Gegendemonstration statt. Auf der Gegendemonstration wurde nachfolgende Rede gehalten:

Ich spreche hier für den Marxistischen Lesekreis Göttingen. Wir bilden uns gemeinsam, beschäftigen uns aber auch mit aktuellen politischen Geschehnissen in unserer Stadt wie heute hier. Wir wehren uns dagegen, dass hier mit Bezugnahme auf die Pandemie und die Frage einer Impfung die Tür weit nach rechts aufgemacht wird.

Dabei ist für uns klar: „Coronakritiker“ sind nicht alle überzeugte oder vermeintliche Nazis! In anderen Fragen haben Einige vielleicht sogar korrekte Vorstellungen. Zweitens: Die gegen Corona ungeimpften Menschen sind nicht verantwortlich für den miserablen Zustand des Gesundheitssystems, für das jahrzehntelange Kaputtsparen. Also für die schlechten Arbeitsbedingungen einerseits und die Profiteure des Gesundheitssystem andererseits.

Profiteure machen Aktionäre, die Krankenhäuser besitzen (wie die von Helios aus dem Fresenius-Konzern). Helios machte in 2020 knapp 10 Milliarden Umsatz, beschäftigt über 100.000 Menschen, erzielt 35% der Umsätze mit Kliniken in

Spanien und Lateinamerika und machte 666 Millionen Profit. Krank sein ist für Helios Mittel zum Zweck, aus Kranken kann man Profit ziehen. Die Landesregierung Niedersachsen hat übrigens erneut ermöglicht die Arbeitszeit von Pflegekräften ohne besonderen Ausgleich auf 12 Stunden täglich zu erhöhen. Dies betrifft auch andere „kritische“ Bereiche.

Das ist die Realität und das wollen wir ändern! Trotzdem gibt es Corona und trotzdem kämpfen die Beschäftigten unter extremer Belastung in den Krankenhäusern um infizierte Menschen und trotzdem fordern wir auf sich impfen zu lassen!

Staat und Regierung handeln seit Beginn der Pandemie chaotisch, widersprüchlich und ineffektiv. Sie kriegen nicht viel auf die Reihe. Das schafft Verwirrung und Misstrauen. Misstrauen gegen die Regierung ist für uns selbstverständlich. Aber dadurch wird die Regierung nicht zur Verschwörerbande, die Regierung bleibt was sie ist: Das Instrument der herrschenden Klasse, des Kapitals zur Sicherung der Profite. Auch hier kommt es auf den Unterschied an: mit einem stumpfen Antikapitalismus ist die Welt nicht erklärt! Oder um es mit Tucholsky zu sagen: Verärgerte Bürgerliche sind noch keine Revolutionäre.

Die Impfpflicht ist dabei ein überhöhtes Thema, was hier für uns nicht im Mittelpunkt steht. Egal ob sie kommt oder nicht: Man kann nicht bestreiten, dass die bür-

gerliche Wissenschaft teilweise in dem ganzen Verlauf genauso schwimmt wie die Regierung. Das ist systembedingt so. Aber: Das gibt niemand das Recht sich eine Art Davidstern anzuheften, uralte Verschwörungen aufzuwärmen, den Antisemitismus zu verharmlosen und gleichzeitig zu fördern, Hand in Hand mit Nazis zu spazieren!

Der Staat ist ein Instrument der Herrschenden zur Sicherung der Profite der besitzenden Klasse. Dieser Staat nutzt die Pandemie zur weiteren Spaltung der Arbeiterklasse. Solange wir uns spalten lassen, werden wir beherrscht werden. Es kommt darauf an, dass sich die Arbeiterklasse gemeinsam organisiert und dafür kämpft, dass die Bedürfnisse der Mehrheit und nicht die Gewinne der Einzelnen im Vordergrund stehen!

Ich komme zum Ende mit folgenden Forderungen:

- Weltweite Freigabe der Impfpatente!
- Der deutsche Staat muss endlich die Zusagen aus der COVAX-Initiative erfüllen
- Forcierte Anpassung der Impfstoffe auf die aktuellen Virusvarianten!
- Regelmäßiges Testen aller Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und Uni während der Arbeitszeit und auf Kosten der Arbeitgeber
- Keine 60 Stundenwoche für Pflegekräfte, stoppt die Angriffe auf die Lohnfortzahlung!
- Unterstützt die Beschäftigten im Gesundheitswesen im Kampf für Entlastung und Lohnerhöhung!
- Möglichkeit anonymer Impfung und Testung, insbesondere für illegalisierte Menschen!
- Beendigung jeglicher staatlichen oder sonstigen Förderung und Finanzierung von Homöopathie, Esoterik und Anthroposophie

▶ UMG Gastronomie GmbH im Streik

Die Beschäftigten der 100%-Uniklinikochter UMG Gastronomie GmbH streiken inzwischen schon viele Tage. Die Uniklinik zwingt sie dazu.

Worum geht es?

Aufgrund der Vermarktlichung und strukturellen Unterfinanzierung haben viele Kliniken in Deutschland sogenannte patientenferne Bereiche in eigenen Tochterfirmen ausgegliedert.

Das Ziel: Die Löhne der eh schon am schlechtesten Bezahltesten zu halbieren. Und genau das hat auch die Uniklinik Göttingen gemacht und so ca. 1.500 Arbeitsplätze in Niedriglohnarbeitsplätze umgewandelt. Die Löhne liegen dort gut 40% unter denen der Altbeschäftigten, die

nach dem Tarifvertrag der Länder (TVL) bezahlt werden. Die Beschäftigten der Tochterfirmen sind deshalb oft gezwungen einem Zweitjob nach zu gehen -oder ergänzenden Sozialleistungen zu beziehen, um über die Runden zu kommen.

Ziel der streikenden Kolleg:innen deshalb: TVL für alle bzw. deutliche Schritte in Richtung einer Angleichung.

Das Angebot der Uniklinik

... ist bislang vollkommen unzureichend, auch wenn es auf den ersten Blick vielleicht gar nicht so schlecht aussieht: 10-11% Lohnerhöhung (plus einige andere Verbesserungen). Aber diese Lohnerhöhung soll es über 4 Jahre gestreckt geben und bei der derzeitigen Preissteigerung

wird so noch nicht mal die Kaufkraft gehalten – bzw. andersherum: Selbst mit dieser Lohnsteigerung würden die Beschäftigten real Lohneinbußen hinnehmen. Deswegen kämpfen die Beschäftigten weiter.

Und deshalb müssen wir sie unterstützen!

Es wird nämlich erheblich Druck auf die KollegInnen ausgeübt und der Lohnverlust durch den Streik (der nie ganz durch das gewerkschaftliche Streikgeld ausgeglichen wird) macht den Kolleginnen zu schaffen.

Deshalb: Lasst Solidarität praktisch werden! Schreibt Leser:innenbriefe oder Mails an den UMG Vorstand und spendet: IBAN: DE19 2605 0001 0156 4645 21 - Inhaber: Thomas Goes - Stichwort: Streiksolidarität



DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 3 - März 2022

EDITORIAL

In der von Resolutionen geprägten Kreistagssitzung wurde die Verabschiedung des Haushaltes regelrecht an den Rand gedrängt. Auf die von der AfD beantragten und von allen Anderen abgelehnten Provokativ-Resolutionen wird an dieser Stelle nicht eingegangen. Wir beschränken uns hier auf die ernst gemeinten und wissenschaftlich haltbaren Initiativen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Fraktionsgeschäftsführer
Dietmar Reitemeyer
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6.1 - Resolution: Der Landkreis Göttingen erklärt sich solidarisch mit der Ukraine

Aufgrund der aktuellen Situation wurde ein Dringlichkeitsantrag der demokratischen Fraktionen eingebracht, in dem der völkerrechtswidrige Einmarsch in die Ukraine verurteilt wird. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, alle nötigen Stellen und Ressourcen des Landkreises zu mobilisieren, um sich auf die Kriegsoffer und vor Krieg fliehenden Menschen vorzubereiten, sie in ihrer Sprache zu informieren, sowie deren Unterbringung und Versorgung sicherzustellen.

Andreas Gemmecke erläuterte dabei für DIE LINKE, dass der Adressat explizit die russische Regierung sei und Frieden auch mit dem russischen Volk gewünscht werde. In der emotional geführten Debatte schien dann leider durch, dass nun eine aggressive Außenpolitik des Westens mit gigantischen Militärausgaben begrüßt werde. Der Resolutionstext gleichwohl konnte einstimmig verabschiedet werden.

TOP6.2 - Resolution: Solidarität mit den Geflüchteten an der polnisch-belarusischen Grenze

Eine weitere interfraktionelle Resolution gab es zur Flüchtlingssituation an der polnisch-belarussischen Grenze. Hier wird die Landesregierung gebeten, umgehend Geflohene aus der Grenzregion Polen-Belarus im Rahmen des jeweils geltenden Landeskontingents aufzunehmen, um einen Beitrag zur Entschärfung der unmenschlichen Situation der Geflohenen zu leisten.

Lediglich das unvermeidliche Gemaule der AfD zur Aufnahme von Flüchtlingen war hier zu vernehmen, der Beschluss erfolgte mit großer Mehrheit.

TOPs 8 + 10 - Energieagentur und Klimaschutz

Sinnvolle Anregungen gab es aus der Mehrheitsgruppe zur Stärkung der Energieagentur Region Göttingen und zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Göttingen. So soll die Förderung der Energieagentur wie auch des Altbausanierungsprogramms verdoppelt werden. Bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes wird eine Klimaneutralität bis 2035 angestrebt.

Eckhard Fascher begrüßte die Initiative und betonte, bei den Maßnahmen müssten nun alle Bremsen gelöst werden, um den Klimawandel zu stoppen.

TOP 14 - Bestimmung von zwei Naturschutzbeauftragten

Künftig verfügt der Landkreis Göttingen nach diesem Beschluss über zwei Naturschutzbeauftragte, was von der LINKEN begrüßt wurde. Die Kritik der CDU blieb unverständlich und war wohl dadurch motiviert, dass wieder einmal die Interessen „der Eigentümer“ beeinträchtigt werden könnten.

TOP 20 - Haushalt 2022

Über die Haushaltsanträge unserer Fraktion hatten wir bereits berichtet. Nach den Beratungen in den Fachausschüssen, in denen wir uns erwartungsgemäß kaum Gehör verschaffen konnten, fand im Kreistagsplenum die abschließende Debatte statt. Eckhard Fascher wies in seinem Wortbeitrag darauf hin, dass der Haushalt diesmal zwar ausgeglichen sei und stimmte der Senkung der Kreisumlage, der Ausweitung der Investitionen und der Klimaschutzmaßnahmen zu, befürchtete aber, dass durch die geplante gigantische Aufrüstung Deutschlands die Kommunalfinanzen zukünftig in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Begrüßt wurde natürlich unsere Anregung, die Obergrenze von 1,5 Prozent bei den freiwilligen Leistungen fallen zu lassen sowie das punktuelle Entgegenkommen bei unseren Änderungsanträgen. Dagegen blieb das Unverständnis darüber bestehen, dass, gerade auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, keine auch nur darlehensweise Hilfen bei den Energiekosten gewährt werden sollen.

Kritikpunkt blieb die geplante Stelle eines persönlichen Referenten des Landrates. Hier wies Eckhard Fascher darauf hin, dass alle früheren Landräte ohne eine solche Stelle ausgekommen seien und eine Beamtenstelle mit hohen Kosten verbunden sei. Harm Adam (CDU) störte sich vor allem an der Entfristung der Stellenausschreibung mit Blick auf die „voraussichtliche Abwahl“ des Landrates bei der nächsten Kommunalwahl. Kritik löste auch der Umgang mit den Anträgen der „Opposition“ aus. Habe der Landrat zu Beginn der Wahlperiode noch für ein „neues Miteinander“ plädiert, seien nun Vorschläge, die nicht aus der Mehrheitsgruppe kamen, abgebügelt worden.

Die Redner der Mehrheitsgruppe, allen voran SPD-Fraktionschef Heinze, taten sich vor allem durch langatmige Aufzählungen hervor, was man denn alles Gutes tue. Dass dies insbesondere für die oberen Gehaltsgruppen in der Verwaltung gilt, war dann nicht nur für DIE LINKE ein wichtiger Kritikpunkt. Der Haushalt wurde von uns abgelehnt.

🔴 Holtenser Berg-Nord als sozialökologisches Neubaugebiet?

Wie in fast allen großen Städten fehlt es in Göttingen an bezahlbarem Wohnraum. Obwohl wir in Göttingen grundsätzlich über eine Städtische Wohnungsbau (SWB) verfügen, setzt die Verwaltungsspitze und die sie tragenden Parteien kaum darauf, dass die SWB Wohnungen baut. Stattdessen setzen sie primär auf private Wohnungskonzerne. In den Göttinger Blättern ist immer wieder davon zu lesen, wie sich in Grone oder auch andernorts die Probleme als Folge dieser Politik immer mehr verschärfen.

Eigentlich muss also alles getan werden, um möglichst viel neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Man sollte also annehmen, dass, sobald entsprechende Grundstücke verfügbar sind, auch die Städtische Wohnungsbau (SWB) zuschlagen würde. Im Mai 2017 war dann der neue Flächennutzungsplan für die Stadt Göttingen da. Es war allerdings Fehlannonce, dass die SWB nun deutlich mehr bauen könnte. Wie schon in der Vergangenheit teilte sie auch danach ihr Desinteresse mit, wenn die Stadt potentielle Baugrundstücke entweder schon besaß oder günstig hätte erwerben können. Beispiele sind hier bebaubare Grundstücke am Greitweg, in der Zimmermannstraße oder das Gelände der ehemaligen Blauen Halle an der Kreuzung Elmweg/Rodeweg in Grone, die allesamt ausgeschlagen wurden. Ein besonderes Beispiel ist das Gelände des ehemaligen Instituts für den wissenschaftlichen Film, dessen Kauf 2010 abgelehnt wurde. Nach dem Verkauf an einen privaten Investor, wurde das Gelände zwischen 2015 und 2018 teuer für die Flüchtlingsunterbringung angemietet.

Auch das weitere Angebot an geeigneten Flächen für den Geschosswohnungsbau wurde immer wieder durch einzelne Maßnahmen verknapppt. So scheint es unmöglich zu sein, im Osten der Stadt neue Baugebiete zu auszuweisen. Oberhalb des Ostviertels stellt der Göttinger Wald eine Grenze dar. Das ist so zu respektieren. Aber auch in Geismar wurde nach Süden hin ein grüner Sperrgürtel eingerichtet. Ist es Zufall, dass für den umfangreicheren

Geschosswohnungsbau nur noch die Randbezirke von Grone und vom Holtenser Berg übrig bleiben? Natürlich sind dies die Stadtteile mit schon jetzt sehr viel Geschosswohnungsbau und einer hohen Quote einkommensschwacher Bewohner*innen.

Neubaugebiet Holtenser Berg-Nord

Seit geraumer Zeit wird nördlich des Holtenser Bergs im Nordwesten



Neubaugebiet Holtenser Berg-Nord: Hier ist zu sehen, dass schon ohne echtes Starkregenereignis, das Wasser unterhalb des geplanten Europaquartiers stehen bleibt. Die Umwandlung dieser Fläche zu einem biodiversen Feuchtbioptop (Regenrückhaltebecken), könnte eine Lösung oder mindestens eine weitgehende Abmilderung des Problems bringen.

der Stadt ein großes Neubaugebiet mit rund 600 Wohneinheiten für rund 2.000 Menschen geplant.

Beim Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 9. Februar benannte Hans-Dieter v. Frieling vom Bündnis Gutes Wohnen für Alle zahlreiche Probleme bei den bisherigen Planungen: Er bemängelt

- die unzureichende Bürgerbeteiligung, das fehlende Konzept für eine zukunftsfähige Verkehrsanbindung
- die fehlende Planung für den gesamten Stadtteil Holtensen/Holtenser Berg.
- Unklar ist, wie Klimaschutz erfolgen kann und

➤ es fehlt ein Konzept für die Entwässerung des Gebietes, das auch bei stärkeren Regenereignissen vor Überschwemmung schützt.

Eigentlich sind die Rahmenbedingungen, alle diese Herausforderungen zu meistern, für dieses Projekt günstig, da das Baugebiet zum größten Teil im Eigentum der öffentlichen Klosterkammer ist. Von Frieling forderte dafür eine positive Vision und eine Projektförderung.

Auf dem Holtenser Berg rumort es gewaltig. Die Potentiale, die aus der öffentlichen Trägerschaft eigentlich folgen sollten, wurden bisher überhaupt nicht genutzt. Die angestammte Bevölkerung und vor allem die „Bürgerinitiative Holtenser Berg“ steht dem Neubaugebiet nicht ablehnend gegenüber. Sie akzeptieren, dass durch mehr bezahlbare Wohnungen ein Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes geleistet werden soll. Die bisherige Informationspolitik der Stadt wird aber als völlig unzureichend empfunden. Primärer Diskussionspunkt der

wenigen „Infoveranstaltungen“ war auch gerade die verkehrliche Anbindung. Die hiesigen Einwohner*innen wollen den verkehrsberuhigten Charakter des Stadtteils nicht verlieren. Konkret geht es dabei um die Europaallee, die zur Zeit einzige Zufahrt zum Holtenser Berg, die nach den ursprünglichen Planungen ertüchtigt werden, also ihren verkehrsberuhigten Charakter verlieren sollte. Verursacht hatte diese Probleme der Ortsrat Holtensen (Holtensen hat im Unterschied zum Holtenser Berg einen Ortsrat), der sich kategorisch gegen jegliche Verbindungsstraße zum

(...) weiter auf Seite 12



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Die LLG am 15.3.22 im Sozialausschuss der Stadt Göttingen

Christa Siebecke war im Namen der Mieter*inneninitiative und des Vereins „IN Grone“ im Sozialausschuss, der sich bereits auf der Tagesordnung mit prekären Immobilien und dem Immobilienriesen LLG beschäftigte.



Christa Siebecke in der Einwohnerfragestunde: „Wie werden die Parteien, die Verwaltung sich aktiv gegenüber den Mieter*innen einsetzen, wie werden sie die Unterstützung gegenüber dem Immobilienkonzern konsequent wahrnehmen?“

Zuvor hatte sie deutlich gemacht, welche Zustände in den Häusern der LLG im Süntelweg in Grone herrschen: „Wassereinträge in Wohnungen während der Bauarbeiten, daraufhin Schimmelbildung ... Das Drängen des Immobilienkonzerns von der zugewiesenen Ersatzwohnung in die Ursprungswohnung zurückzuziehen, obwohl diese noch nicht wieder bewohnbar war oder auch ist.“

Aktuell steht ein großer Kran im Süntelweg vor den Häusern 20-24, versperrt die Zugänge zu den Häusern und transportiert Bauteile auf das Dach - ich konnte gestern ungehindert darunter durch gehen Es ist schwierig die Wohnungen zu erreichen, insbesondere, wenn Bewohner körperliche

Einschränkungen haben, einen Rollator nutzen oder ein Kinderwagen ins Haus muss.

Die tiefen Schächte für die Fahrstühle sind ausgehoben, die Sicherung vermag ich nicht zu beurteilen, habe aber Zweifel, wenn eine Holzkonstruktion mit großen Abständen im Geländer Sicherheit bieten soll. Und natürlich gibt es die tägliche sehr lange Begleitung durch Baulärm - den ganzen Tag.

Es gibt eine lange Liste mit nicht zumutbaren Zuständen und dadurch eigentlich Unbewohnbarkeit der Wohnungen. Die Bauplanung hat gezeigt, dass die Wohn- und Lebenssituation der Mieter*innen keine Berücksichtigung findet, bei dieser Modernisierungsplanung. ...

Die Kontaktaufnahme zu LEG ist für die Mieter nicht möglich, ich möchte sagen unmöglich entgegen aller Ankündigen, Zusagen, und entgegen aller schönen Worte ist die Situation desaströs. ...

Es geht hier nicht um meckern über Kleinigkeiten, es geht darum, Mieter*innen gegenüber dem Immobilienkonzern zu schützen und zu unterstützen und unzumutbares wohnen zu beenden. Die Verbesserung der Lebenssituation und der baulichen Zustände ist dabei das Ziel, so wie es auch im Aufgabenbereich der Task Force beschrieben ist:

Helfen sie den Mieter*innen, richten Sie eine Hotline ein oder eine Sprechstunde vor Ort!

Wir haben ein sehr gut funktionierendes NBZ, ein geeigneter Ort dafür.“

Die – etwas lapidare – Antwort der Verwaltung: Die Probleme sind hinreichend bekannt, die Verwaltung nimmt die Anregungen auf. Ersatzwohnungen wurden den Mieterinnen angeboten, wobei es zu zeitlicher Verzögerung kam; hier ist nicht mehr nachvollziehbar, woran das lag. Die Verwaltung geht den Beschwerden nach, vieles sollte schneller erledigt werden.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüller,
Christa Siebecke

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz

Jost Lessmann

Edgar Schu (Fraktionsvorsitzender)

Torsten Wucherpfennig

Kommunalpol. Arbeitskreis – Mittwoch 4. April, 18.30 Uhr

In hybrider Form

(persönliche Anwesenheit und per video)

Ort: Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Einrichtung einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle in Göttingen
Einführung: Gülşan Yalçın, stellvertr. Vorsitzende des niedersächsischen Integrationsrats

Wir bitten um Anmeldung, wenn Ihr online teilnehmen wollt:

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Im nachfolgenden Tagesordnungspunkt stellte sich die LEG vor und berichtete u.a. folgendes:

Die Übernahme verlief nicht zufriedenstellend; das Mieterbüro in der Deisterstraße wird zurzeit hergerichtet. Keine konkrete Aussage gab es zu den Forderungen der Mieter*innen, Ersatz für verschimmeltes Moiliar zu bekommen. Dort wird die Initiative ´dran bleiben müssen.

(cs/gS)

Peter Dürbeck verstorben

Mit großer Bestürzung haben wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, dass unser Genosse Peter Dürbeck am 16.03.2022 im Alter von 82 Jahren verstorben ist.

Peter hat viele Jahre den Gedanken einer linken Wähler*innengemeinschaft mitgetragen und auch immer für uns kandidiert. Als DKP-Mitglied stand er für eine übergreifende Zusammenarbeit der gesamten Linken.

Eine ausführliche Würdigung seiner Person findet Ihr in der nächsten Ausgabe der Göttinger Blätter.

SprecherInnenkreis Göttinger Linke

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

im April

aktuell

Haushaltsrede 2022 am 18.03.22 von Edgar Schu (gekürzt)

Ich beginne mit den aus unserer Sicht positiven Korrekturen, die im Entwurf schon vorliegen:

Das LGBTIQ Aufklärungsprojekt SCHLAU soll seine beantragte Förderung bekommen. Gräber von Zwangsarbeiter*innen sind in den 1970ern vom städt. Friedhof verschwunden. Mit einem kleinen Projektetat für Recherche und eine Erinnerungstafel wird ihr Gedenken gefördert. Für das Engagement im Sinne des antifaschistischen Gedenkens möchten wir uns auch beim breiten Bündnis 27. Januar bedanken. Auch dies soll gefördert werden.

Die Zusammenarbeit von KAZ und Jugendhilfe soll ebenso finanziert werden wie der Frauennotruf, die Beratungsstelle für Frauen und der AIDS-Arbeitskreis. Ebenso Queeres Göttingen e.V. und die Krebsberatungsstelle. Höher hätte die Förderung für die Initiative Wege ohne Gewalt ausfallen dürfen. Wir möchten uns bei allen kulturellen und sozialen Initiativen in Göttingen für ihr Engagement bedanken. Ohne sie wäre Göttingen nicht das, was es ist.

Außerdem möchte ich die streikenden Kolleg*innen der UMG Gastronomie grüßen. Die Göttinger Linke unterstützt ihre Forderung nach einem Entgelt auf dem Niveau des Tarifvertrags der Länder. Zurzeit werden sie mit einem Lohn 40% darunter abgespeist, viele müssen zusätzlich ALG II beantragen. Die UMG hat bisher noch kein Angebot ohne Reallohnverlust unterbreitet. Wir wünschen den Kolleg*innen einen langen Atem, damit sie ihre Forderung durchsetzen. Mehrere tausend Geflüchtete aus der Ukraine werden wir in Göttingen willkommen heißen und ihnen ein Zuhause bieten. Eine Herausforderung, die unsere Stadt mit einer guten sozialen und kulturellen Infrastruktur und genügend bezahlbarem Wohnraum meistern muss.

Nach den Kommunalwahlen haben viele Gespräche unter den Fraktionen stattgefunden. Man suchte nach Möglichkeiten für eine stabile Haushaltsmehrheit. Bisher stellten sie SPD und Grüne, was nun wohl nicht mehr ging. Eine Zeit lang sah es sogar nach wechselnden Mehrheiten aus. Schließlich hat sich die SPD für eine Mehrheit mit CDU und FDP, also für die Deutschland-Koalition, entschieden. Genau diese Handschrift trägt die Ratspolitik schon seit Wochen:

Für das Baugebiet am Lange Rekesweg in Grone wurde durchgesetzt, dass nicht zu viel Geschosswohnungsbau, also kaum günstiger Wohnraum gebaut werden soll. Im Sozialausschuss die Frage: Qualifizierter oder einfacher Mietspiegel? Sogar gegen den Rat des Referenten des Nds. Städtetages wurde ein einfacher Mietspiegel durchgesetzt. Warum? Erst eine halbe Sache machen, um danach doch noch einmal die vollen Kosten tragen zu müssen, on Top? Für Großstädte wie Göttingen soll ein qualifizierter Mietspiegel bald Pflicht werden.

Verkehrswende: CDU, SPD und FDP lehnten ab, gleich eine vollständige Mobilitäts-App zu entwickeln mit den Optionen „komme ich mit dem Bus, Fahrrad, zu Fuß oder auch Car-Sharing am besten ans Ziel?“ Nein, es soll zuerst nur eine Park-App gemacht werden, um alles andere später kostspielig anflanschen zu müssen. Durch den Klimaschutzbeirat wurde eine zusätzliche Personalstelle für die Mobilitäts-App angeregt, leider ohne Erfolg.

Beim Grundstücksverkehr auf die Erteilung von Erbbaurechten statt auf Grundstücksverkauf zu setzen, könnte ein Mittel sein, um die Spekulation mit Grundstücken zurück zu drängen. Der Antrag lag vor. Auf die Unterstützung der Deutschlandkoalition konnte er nicht hoffen. Dabei wäre ein Umlenken auf ALLEN Ebenen der Wohnraumschaffung dringend geboten. Wohin uns die investorengerechte Politik der letzten Jahre geführt hat, können wir gerade in Grone erleben: Erst hat die Adler Group aus Mieter*innen und Stadt herausgezogen was geht, nun leiden diese unter der Politik des Konzerns LEG Wohnen. Es wird sich nichts ändern und das war offenbar damit gemeint, als die SPD nach den Kommunalwahlen mitteilte, sie sei nach allen Seiten offen.

Wie steht die Deutschlandkoalition zum Klimaschutz? Eine Erhöhung des Betrages für den Klimafonds, für konkrete Beiträge zur Energiewende in Göttingen, wurde abgelehnt.

Sprich: Die Stadt wird weder entschieden etwas tun, um die beständig steigenden Mieten zu stoppen, noch dafür, bei den Klimaschutzzielen im Bereich Verkehr und Energiewende weiter zu kommen. Aber sie investiert einen hohen sechsstelligen Betrag für Stadtmarketing, um Göttingen möglichst glanzvoll zu vermarkten.

Diese Koalition hat beim Haushalt ihre Vorstellungen durchgesetzt. Einzelnen Teilhaushalten können wir dennoch zustimmen. Aber den Gesamthaushalt lehnen wir so ab.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

(...) Fortsetzung von Seite 9

Holtenser Berg ausgesprochen hatte und gut vernetzt mit SPD und CDU ist. Zum Vertrauen in die Stadtverwaltung trägt es sicherlich nicht bei, wenn die Bürger*innen das Gefühl haben, dass nicht offen mit ihnen umgegangen wird.

Mittlerweile scheint die Aufhebung der Verkehrsberuhigung für die Europaallee vom Tisch. Die ersten Pläne hatten aber im Stadtviertel mit seinem hohen Kinderanteil für massiven Protest, Demonstrationen und weitere Aktionen in vorher nicht dagewesener Größenordnung gesorgt. Gestritten wird weiterhin um eine zweite Zufahrt.

Eine verkehrsberuhigte Verbindungsstraße zwischen Holtensen und Holtenser Berg hätte aus unserer Sicht vielfache Vorteile: Die knapp 2.000 Holtenser und die ca. 4.000 jetzigen und ca. 2.000 neuen Bewohner des Holtenser Bergs würden für die Ansiedelung eines größeren Einzelhandels ein genügend großes Einzugsgebiet darstellen. Seitdem auch der Schlecker in Holtensen vor vielen Jahren geschlossen wurde, können sich die Holtenser ausschließlich durch Einkäufe au-



Berhalb Holtensens versorgen. Die werden wohl aller größtenteils mit dem Auto erledigt. Sämtliche Möglichkeiten für eine gemeinsame Infrastruktur würden durch eine verkehrliche, direkte Verbindung beider Orte wesentlich verbessert: Eine funktionierende Vorstadt mit dann 8.000 Einwohnern. Aber über eine Vision für das gesamte Gebiet Holtensen/Holtenser Berg wird nicht gesprochen.

Vielleicht ist dies alles gar nicht so wichtig wird der eine oder andere Leser denken, wenn nun endlich der Wohnungsmarkt entlastet und bezahlbarer

Wohnraum geschaffen wird. Nun bei der letzten (digitalen) Informationsveranstaltung von Stadt, NLG und Klosterkammer am 25.2.2021 hatte man das Gefühl auf einer Verkaufsveranstaltung zu sein, die den eher überdurchschnittlich verdienenden Uniangestellten oder Sartoriusingenieuren das Wohnen hier schmackhaft machen sollte und eben nicht denjenigen, die dringend preisgünstigen Wohnraum brauchen.

Das muss anders werden! Bürgerinnen und Bürger müssen beteiligt werden. Wir brauchen ein ökologisch vorbildliches Neubaugebiet für die Gering- und Normalverdienenden, ein öffentliches Modellprojekt, das zeigt wie klimagerechtes Bauen und sozialer Wohnungsbau miteinander vereinbar sind und wie der Stadtteil Holtensen/Holtenser Berg gemeinsam gedacht und seine Infrastruktur verbessert werden kann. Hier könnte gezeigt werden, wie durch eine bessere ÖPNV-Anbindung und Car-Sharing auf das eigene (teure) Auto verzichtet werden kann.

Unmöglich? Zumindest die GRÜNEN scheinen in dieser Wahlperiode für neue Konzepte offen zu sein. Auch würde ein solches Modellprojekt Bundes- oder Landeszuschüsse benötigen. Aber nur so kann eine nachhaltige Zukunft, die allen Menschen gerecht wird, aussehen.

esch/ef



1. MAI 2022:

10.30 Uhr: Treffen am Platz der Synagoge, Obere Masch

11.00 Uhr: Beginn der Demonstration mit Zwischenkundgebung am Alten Rathaus

11.30 Uhr. Kundgebung am Albaniplatz

- Info-Stände der Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Initiativen
- Hauptredner: Kalle Kunkel, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Achtet auf die Ankündigungen auf „suedniedersachsen-harz.dgb.de/1-mai“

